



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2017  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

### **P 396 Postulat Müller Pius und Mit. über das Festhalten am Prüfungsstandort Sursee / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Das Postulat P 396 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 109 zu 3 Stimmen zu. Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Pius Müller hält an seinem Postulat fest.

Pius Müller: Alle Führerprüfungen für Personenwagen sollen ab Oktober neu in Kriens erfolgen. Wegen der abgelehnten Steuerfusserhöhung müsse das Strassenverkehrsamt sparen. Leider hat das Parlament eine sogenannte zweifelhafte Sparmassnahme mit einer höheren Motorfahrzeugsteuer bereits eingeführt. Schon seit Mitte dieses Jahres werden Autofahrer und Garagisten für technische Auskünfte am Schalter und am Telefon zur Kasse gebeten. Verrechnungen von Dienstleistungen werden ab nächstem Jahr ebenfalls nicht mehr kostenlos sein. Ich frage mich, ob Gebührenerhöhungen tatsächlich Sparübungen sind, wenn ein gleichzeitiger Leistungsabbau damit verbunden ist. Gemäss Aussagen des Leiters des Strassenverkehrsamtes sind die Experten in Sursee nicht optimal ausgelastet. Gleichzeitig werden in Luzern aber neue Experten beschäftigt. Zudem lasse sich auch bei den Hunderten von Arbeitsstunden für die Fahrten der Experten nach Sursee sparen. Diese Aussagen sind schlichtweg falsch. Es gibt zahlreiche Experten in der Region Sursee. Fahren diese Experten heute oder morgen nach Kriens? Diese Fahrten fallen also auch in Zukunft an, wenn alle Motorrad- und Rollerprüfungen nach Sursee verlegt würden. Aus meiner Sicht handelt es sich bei dieser Alibiübung nicht einmal um ein Nullsummenspiel. Bereits im Jahr 2000 entschied das Strassenverkehrsamt Luzern, die Prüfungsstelle Sursee zu eröffnen. Wirtschaftliche und umwelttechnische Gründe führten zu diesem Entscheid, der in der Bevölkerung grossen Anklang fand. Die Stadt und Agglomeration Luzern wurden durch die Prüfungsstelle Sursee entlastet. In den Randregionen wurden Ressourcen geschaffen. Ist es wirklich der Wille der Regierung, die Führerprüfungen für Personenwagen am Standort Sursee zu gefährden nur wegen des geringen Sparpotenzials? Eine Neuausrichtung für alle Personenwagenprüfungen in Kriens würden das Mehrfache an Kosten verursachen. Ich vermute, dass der Standort Sursee nicht in die Strategie des Leiters des Strassenverkehrsamtes passt. Keine weiteren Kategorie-B-Prüfungen in Sursee hätten zur Folge, dass über 25 Prozent aller Prüfungen, nämlich 1800, nach Kriens verlagert würden. Volkswirtschaftlich ist das falsch. Es ist nicht nachvollziehbar, den Standort Sursee für Prüfungen der Kategorie B zu schliessen, aber gleichzeitig die Motorradprüfungen an diesen Standort zu verlagern. Wo bleibt das Sparpotenzial für Spesen und Entschädigungen? Es ist zudem nicht ökologisch, dass die Rollerfahrer aus dem ganzen Kanton ihre Ausbildung und Prüfung in Sursee absolvieren müssen. Zudem gäbe es bei den Führerprüfungen für Roller eine fünfmonatige Wintersperre von November bis März. Das ist unsinnig, weil der

Lernfahrausweis der Kategorien A und A1 nur 16 Monate gültig ist. Die aufgezeigten Sparmassnahmen entsprechen niemals dem ökonomischen und ökologischen Nutzen des Standorts Sursee.

Jost Troxler: Laut § 13 Absätze 1 und 2 der Kantonsverfassung gilt: „Kanton und Gemeinden erfüllen ihre Aufgaben bevölkerungsnah, wirksam und kostenbewusst.“ „Der Kanton erfüllt seine Aufgaben dezentral, wenn sie sich dafür eignen und der wirtschaftliche Einsatz der Mittel es erlaubt.“ Ausgerechnet beim Strassenverkehrsamt, das seine Dienstleistungen kundennah anbieten muss, will die Regierung das Angebot zentralisieren, um 87 000 Franken einzusparen. Diesen Betrag stelle ich infrage. Viele Luzernerinnen und Luzerner haben für dieses Vorgehen nur ein Kopfschütteln übrig. Die geplante Massnahme ist volkswirtschaftlich, gesellschaftlich und ökologisch unsinnig. Stimmen Sie deshalb dem Postulat zu.

Michael Töngi: Eine Mehrheit der Grünen Fraktion stimmt dem Postulat zu. Sie findet es wichtig, dass Dienstleistungen regional erbracht werden müssen. Die geplante Einsparung ist verglichen mit dem Abbau minimal. Zudem werden zusätzliche Fahrten durch Lernfahrende in der Agglomeration in Kauf genommen. Eine Minderheit der Grünen Fraktion lehnt das Postulat ab. Sie ist der Meinung, dass man zu den Folgen der Abbaupolitik stehen muss und sich nicht nur gegen eine einzelne Massnahme, an der man sich stört, wehren soll.

Georg Dubach: Mit dieser Massnahme ist nicht nur ein ökologischer, sondern auch ein ökonomischer Unsinn entschieden worden. Es ist lobenswert, wenn die Regierung im Rahmen des KP17 oder der OE17 bei allen Dienststellen versucht, die Prozesse auf Effizienz und Effektivität zu überprüfen. Mit dieser Massnahme wird uns aber Sand in die Augen gestreut. Bei der Zusammenstellung der Zusatzaufwendungen im Rahmen der Antwort für die Überprüfung des Standorts Sursee werden beispielsweise Mietkosten von 15 000 Franken aufgeführt. Wenn künftig Prüfungen der Kategorien A und A1 in Sursee stattfinden sollen, fallen diese Kosten trotzdem an. Das Gleiche gilt für die aufgeführten Reinigungskosten in der Höhe von 10 500 Franken. Diese Reinigungskosten sind übrigens unverhältnismässig. Ich führe selber ein 120 m<sup>2</sup> grosses Büro in Sursee und bezahle für die Reinigung durch ein Institut 2400 Franken. Bei den Reinigungskosten besteht also ein grosses Sparpotenzial. Immerhin werden heute schon ein Viertel der Kategorie-B-Führerprüfungen in Sursee durchgeführt. Wenn der Standort Sursee auf die Hälfte der Kategorie-B-Führerprüfungen ausgebaut würde, könnten die Programmauslastung erhöht, die Mitarbeiterspesen reduziert und die aufgeführten Ertragsverluste minimiert werden. Ich sehe am Standort Sursee keine Einsparungsmöglichkeiten von 87 000 Franken. Wenn aber der Wille besteht, könnten am Standort Sursee Optimierungen in der Höhe von über 50 000 Franken vorgenommen werden. Zudem würden die sonst schon völlig überlasteten Strassen der Stadt Luzern nicht noch mit zusätzlichen 7000 Führerprüfungen und 150 000 Fahrstunden belastet. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Carlo Piani: Beim Entscheid zur Schliessung der Standorte Sursee für die Führerprüfungen der Kategorie Personenwagen und Emmenbrücke für Motorräder und Roller stützt sich die Regierung auf die eingeleitete Umsetzung der OE17 und verweist darauf, dass diese Massnahmen im Sinn des Kantonsrates seien. In der Stellungnahme zum Postulat schreibt die Regierung: „Es war unter hohem zeitlichem Druck zwingend notwendig, mit geeigneten Massnahmen mögliches Sparpotenzial vorzuziehen und umzusetzen, ...“. Die CVP-Fraktion findet diese Massnahmen nicht geeignet. Wir gewichten die aktuelle Lösung höher, bei der eine ausgewogene Verteilung der Führerprüfungen auf den ganzen Kanton berücksichtigt wird. Die CVP hat sich immer wieder für eine dezentrale Verwaltung eingesetzt. Zudem steht dieser Grundsatz auch in der Kantonsverfassung. Daher stehen wir Zentralisierungen immer sehr kritisch gegenüber. Die Führerprüfungen aller Kategorien an den Standorten Sursee, Luzern und Kriens stellen sicher, dass möglichst wenig unnötige Fahrten durch den Kanton erfolgen müssen. Eine Konzentration hätte negative Auswirkungen auf die Verkehrssituation. Am Standort Sursee müssten durch die steigenden Gruppenfahrlektionen und Prüfungen für Motorräder und Roller massive

Verkehrsbehinderungen in Kauf genommen werden. Die Stadt Luzern müsste mit einem weit höheren Verkehrsaufkommen rechnen, gerade während der Stosszeiten. Ich wage zu behaupten, dass die Stadt Luzern keine Freude an dieser Umstellung hat. Wir könnten uns eine Erhöhung der Prüfungsgebühren durchaus vorstellen, weil die Prüflinge durch den Weg nach und von Luzern sowieso höhere Kosten erwarten. Wir erwarten, dass dieses Sparpotenzial innerhalb der Abteilung selber kompensiert wird. Die CVP-Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Marcel Budmiger: Vor einer Woche sind wir mehrfach darauf hingewiesen worden, dass wir Verantwortung übernehmen und die bürgerliche Finanzpolitik stützen sollten. Wir müssten Ja sagen zu einem weiteren Abbau bei der Prämienverbilligung, bei den Stipendien und der Kulturförderung. Die Verantwortung für den Kanton zu übernehmen, hätte geheissen, der Luzerner Polizei ihre unbestritten benötigten Mittel weiterhin zu verwehren. Unsere Ablehnungsanträge wurden als Wahlkampftheater bezeichnet. Zum Abbau hat es keine Alternativen gegeben. Jetzt, wo es aber um Leistungen vor der eigenen Haustüre geht, gibt es plötzlich Alternativen. Das ist entlarvend. Es hätte bereits vor einer Woche Alternativen gegeben. Offensichtlich hat aber nicht unsere Seite Wahlkampf betrieben, sondern Sie mit Ihrer vermeintlichen Alternativlosigkeit. Mit Ihren Voten betreiben Sie jetzt Wahlkampf. Fehlt einer Familie, die ihre Prämienverbilligung zurückerstatten muss, tatsächlich die Zeit für eine Fahrt nach Kriens für die Führerprüfung? Fehlt nicht eher das Geld für die Fahrstunden? Die SP-Fraktion hat eine Veröffentlichung und damit auch eine Diskussion über die Massnahmen der OE17 gefordert. Sie haben damals die Dringlichkeit abgelehnt, Ihre Verantwortung wahrgenommen und die bürgerliche Finanzpolitik unterstützt. Die Folgen davon sind ein Hüst und ein Hott und dringliche Vorstösse, für einmal aber von Ihrer Seite. Ich selber habe in der Kommission nachgefragt, ob diese Massnahme immer noch aktuell sei. Schliesslich ist seit etwa zwei Jahren bekannt, dass der Standort Sursee aufgehoben werden soll. Öffentlich durften wir leider nicht darüber diskutieren, und bei einer Anfrage von Georg Dubach zum Standort Sursee hat die Regierung die vorliegende Massnahme verschwiegen. Es ist zwar schön, wenn Sie den Abbau von staatlichen Leistungen bekämpfen. Wieso haben Sie das aber nicht schon vor einer Woche getan? Wieso soll überall gespart werden, aber nur nicht vor der eigenen Haustüre? Vor einer Woche hat Marcel Zimmermann noch die konsequente Umsetzung der OE17-Massnahmen gefordert. Eine Woche später zeigt sich, wie konsequent die Bürgerlichen im Kanton Luzern sind. Dabei haben wir uns doch vorgenommen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Luzerner Politik wieder zu stärken. Die SP bleibt sich ihrer Linie treu. Wir haben vor einer Woche den Abbau bei wichtigen staatlichen Leistungen bekämpft. Aus diesem Grund stimmen wir dem Postulat zu.

Markus Hess: Die GLP-Fraktion stimmt dem Postulat zu. Die Zentralisierung bringt sowohl ökologisch als auch ökonomisch zu wenig Vorteile. Wir regen die finanzielle Optimierung des Standorts Sursee an.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Die Idee der Regierung ist es, eine Teilkonzentration vorzunehmen und den provisorischen Standort für Motorradprüfungen in der Sprengi aufzuheben und nach Sursee zu verlegen. Dadurch werden in Sursee neu 900 Motorradprüfungen stattfinden. Dafür sollen 1700 Autoprüfungen von Sursee nach Kriens verlegt werden. Damit wird im Rahmen der OE17 eine Einsparung zwischen 80 000 und 90 000 Franken erzielt. Das ist eine Tatsache und kein ökonomischer Unsinn, was auch der Leiter des Strassenverkehrsamtes bestätigen kann. Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, dass nicht der Leiter des Strassenverkehrsamtes für diese geplante Massnahme verantwortlich ist, sondern der Regierungsrat. Zu Recht sind aber auch ökologische Nachteile erwähnt worden. Es werden 10 000 Fahrstunden von der Landschaft in die Stadt verschoben, dadurch wird die Stadt belastet. Volkswirtschaftlich gesehen werden Kosten auf die Kunden verschoben. Auf staatspolitischer Ebene spricht die Zentralisierung gegen die Massnahme. Ich habe Verständnis für die politische Würdigung dieser Nachteile. Die Regierung könnte sich einen Kompromiss vorstellen, indem beispielsweise der provisorische Standort Sprengi

geschlossen wird, aber die Autoprüfungen weiter in Sursee stattfinden. Der Entscheid dazu liegt bei Ihrem Rat.

David Roth: Das Votum des Justiz- und Sicherheitsdirektors hat sich gerade nicht so angehört, als wenn ein Regierungsrat sprechen würde. Das finde ich sehr befremdlich.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Ich wehre mich vehement gegen diese Unterstellung. Ich habe persönlich den Standort Sursee besucht und mit den Fahrlehrern gesprochen, um mir ein Bild machen zu können. In meinem vorangehenden Votum habe ich auf die Vor- und Nachteile der Massnahme hingewiesen. Aus den genannten Gründen sind sowohl das vorliegende Postulat wie auch die Anfrage A 398 auf breites Verständnis gestossen. Es ist ungehörig, der Regierung zu unterstellen, sie würde sich nicht für ihre Anliegen wehren.

Der Rat erklärt das Postulat mit 81 zu 22 Stimmen erheblich.